

des teil. Sie wurde von den Stadträten in Nazareth und Taibe zu Gesprächen empfangen. Sie traf mit führenden Vertretern der Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit zusammen.

Die Delegation des ZK der SED dankte für die ihr von der KP Israels erwiesene herzliche Gastfreundschaft.

11. Mai 1984

Antwortschreiben des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR an den Präsidenten des Französischen Verbandes der Widerstandskämpfer und Kriegsoffer

Sehr geehrter Herr Peyre!

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich Ihr Schreiben zur Kenntnis genommen. Ich stimme mit Ihnen überein, daß in dieser Zeit besonderer Grund besteht, sich um die Erhaltung des Friedens zu sorgen. Mit Beginn der Stationierung neuer USA-Erstschlagwaffen in der Bundesrepublik Deutschland hat sich die nukleare Konfrontation in Europa beträchtlich erhöht. Damit geht seit 1945 erstmals erneut die Gefahr eines Krieges von deutschem Boden aus. Das steht im Widerspruch zu den Grundsätzen einer europäischen Friedensordnung, die im Ergebnis des Sieges der Staaten der Antihitlerkoalition über den Hitlerfaschismus im Potsdamer Abkommen vereinbart wurden.

Für die Deutsche Demokratische Republik ist nichts wichtiger, als gemeinsam mit allen verständigungsbereiten Kräften beizutragen, eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Schon in ihrer Geburtsstunde vor 35 Jahren hat sich die Deutsche Demokratische Republik feierlich verpflichtet, alles zu tun, damit von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausgeht. Seither hat sie das ihr Mögliche getan; stets hat sie sich davon leiten lassen, daß es im Atomzeitalter keine Alternative zur Politik der friedlichen Koexistenz gibt, daß ein militärischer Konflikt die Vernichtung des Erdballs bedeutet.

Mit der Schlußakte von Helsinki wurde in Europa erstmals gleichsam ein Kodex friedlicher Koexistenz vereinbart. Ihre Bedeutung ist heute allgemein anerkannt.

Getreu ihrer Friedenspolitik hat die Deutsche Demokratische Republik vom Tage der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki dieses Dokument gewissenhaft verwirklicht. Das gilt gleichermaßen für das in Madrid vereinbarte.

Die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit ist Voraussetzung jeglicher Zusammenarbeit. Die Deutsche Demokratische Republik hat stets darauf hinge-